

Richard Pitterle – Stellungnahme zum Nachtragshaushalt am 12.5.2026 für die Gruppe Vielfalt-Sindelfingen/LINKE PLUS

Sehr geehrte Herr Kleemann, sehr geehrter Herr Gangl, sehr geehrte Frau Clemens,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben es mit einer außergewöhnlichen Situation zu tun: Der neu gewählte Oberbürgermeister steht erst seit kurzer Zeit im Amt und muss diese Haushaltskrise unmittelbar zu Beginn seiner Amtszeit bewältigen. Auch unsere Gruppe Vielfalt /Linke Plus will ihm dafür die Chance geben und daher haben wir in der Haushaltsstrukturkommission viele Maßnahmen mitgetragen, die wir unter normalen Umständen nicht akzeptiert hätten. Wir haben aus diesem Grund auch die Überlegung mit „Nein“ zu stimmen verworfen.

Wir enthalten uns heute, weil mit der Erhöhung der Kita-Gebühren aus unserer Sicht eine rote Linie überschritten wird. Wir stehen für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung, weil Kitas für uns Teil des Bildungswesens sind. Eine solche Belastung der Familien können wir deshalb nicht mittragen.

Zweitens sehen wir die vorgesehenen Sparmaßnahmen weiterhin kritisch. Aus ökonomischer Sicht kann man sich nicht aus einer Krise heraussparen; gebührenbedingte Mehrbelastungen schwächen die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger und treffen damit unmittelbar den Einzelhandel und die Gastronomie. Auch den Abbau von Personal betrachten wir mit Sorge, denn eine effiziente Verwaltung braucht eine personell solide Ausstattung.

Drittens wenden wir uns gegen die in Teilen des Gemeinderats verbreitete These, unsere Stadt sei wirtschaftlich auf Dauer abgekoppelt und müsse deshalb noch weiter und noch tiefer kürzen. Nach den Ankündigungen der vergangenen Woche sind wir zuversichtlich, dass sich mittelfristig die Gewerbesteuereinnahmen wieder positiv entwickeln werden. In dieser Lage weitere drastische Einschnitte zu fordern, halten wir für den falschen Weg.

Zur AfD möchte ich zuletzt noch klar sagen: Sie hat sich erneut nicht als Vertreterin der „kleinen Leute“ erwiesen, sondern als Partei, die vor allem den Geldadel und die Besitzenden schont. Wir haben vorgeschlagen die Gewerbesteuer in einem Maß zu stärken, das den Mittelstand nicht belastet, damit alle ihren Beitrag zur Konsolidierung leisten und wir freuen uns, dass die Verwaltung unserem Vorschlag gefolgt ist, Hingegen will die AfD nach ihrem Programm lieber die kommunalen Finanzierungsquellen wie Gewerbesteuer und Grundsteuer abschaffen. Statt Solidarität setzt sie auf Kürzungen bei den Schwächsten, bei den Sozialleistungen also dort, wo sie „Reduzierungspotenzial“ sieht, wie sie es in der Pressekonferenz zum Ausdruck brachte. Und obwohl sie sich gern als Familienpartei inszeniert, hat sie nichts dagegen zu sagen, dass die Hauptlast der Konsolidierung auf die Familien abgewälzt wird — über höhere Kita-Gebühren, Musikschulgebühren, Sportnutzungsgebühren und Badenutzungsgebühren. Das ist keine Politik für die breite Mehrheit, sondern Politik auf Kosten der Vielen.